



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/238 - 15. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Des Kanzlers neue Entgleisung	S. 1
Algier-Diskussionen in der SED	S. 3
Wahlspeck für die Mittelschichten	S. 5
Der Bonner Streit mit Damaskus	S. 6

## "Bis an die Zähne bewaffnet"

FB. Wenn man von allem anderen abieht, was die Bundesregierung bisher getan hat, um die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion nicht auszunutzen, sondern abzuwerten, dann hat den schwersten Schaden die Äußerung des Bundeskanzlers auf der Bundestagung der deutschen Industrie im Kölner Gürzenich angerichtet, als Dr. Adenauer die Sowjetunion als den "Todfeind" apostrophierte. In allen Gesprächen mit offiziellen Sowjetrussen, in denen man versucht, klarzumachen, dass die Bundesrepublik an einem friedlichen Zusammenleben der Völker interessiert sei, bekommt man immer wieder diese Äußerung vorgehalten, die bitter ernst genommen worden ist.

Leider hat Dr. Adenauer daraus keine Konsequenzen gezogen, sondern in Berlin Ausführungen ganz ähnlicher Art gemacht. In seiner Pressekonferenz vor den Berliner Journalisten hatte man noch den Eindruck, als wüsche er eine Intensivierung des deutsch-sowjetischen Gesprächs. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass die neue Berufung eines sowjetischen Botschafters die Beziehungen beleben werde und er meinte, dass die Antwort auf das Wiedervereinigungs-Memorandum zur Grundlage eines neuen Gesprächs werden könne.

Unmittelbar darauf aber sprach der gleiche Bundeskanzler vor dem evangelischen Arbeitskreis der CDU. Dort sagte er wörtlich:

"Ich glaube fest daran, dass die Wiedervereinigung kommt und dass Recht und Freiheit siegen werden. Man muss aber bis an die Zähne bewaffnet sein, wenn man mit den Sowjets freund-

lich sprechen will."

Der Kanzler hat zwar wieder wenig später versucht, diesen Satz abzuschwächen und erklärt, man solle das nicht so wörtlich nehmen, und er wolle nur ausdrücken, dass die Bundesrepublik einen harten Willen haben muss und nicht bereit sein dürfe, die Freiheit zu verkaufen. Diese Abschwächungen werden niemanden erreichen. Im politischen Raum stehen bleibt die Formulierung "bis an die Zähne bewaffnet".

Gerade das aber ist es, was eine mögliche neue Phase des deutsch-sowjetischen Gesprächs psychologisch unerträglich belasten muss. Glaubt man etwa, dass man sie dem neuen sowjetischen Botschafter als Begrüßungsformel entgegenhalten kann, um dann zu erwarten, dass sich das deutsch-sowjetische Gespräch belebt? Man erwartet die Antwort auf das deutsche Memorandum. Man äussert die Bereitschaft zu Gesprächen darüber und treibt auf der anderen Seite eine Säbelrassolei, die Kaiser Wilhelm II. fast noch in den Schatten stellt.

Wenn sich im letzten Jahr eines deutlich herausgestellt hat, dann doch dies, dass die Sowjetunion auf die sogenannte Politik der Stärke nur ablehnend reagiert. Diese These ist eindeutig gescheitert, denn die Sowjetunion hat trotz der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik und der entstehenden Bundeswehr nicht im geringsten daran gedacht, in die Knie zu gehen und die Sowjetzone freiwillig herauszugeben, ganz im Gegenteil, die Positionen haben sich versteift und die Chancen für die Wiedervereinigung sich verschlechtert.

In dieser Situation kann man die Äusserung "bis an die Zähne bewaffnet" nur als eine törichte Provokation bezeichnen. Wenn wir in der Frage der Wiedervereinigung weiterkommen wollen, dann ist nicht eine solche Politik am Platze, sondern die Bereitschaft zu einem offenen und ehrlichen Gespräch, das die vorhandenen Ressentiments abbaut und nicht neue aufbringt. Die Zeit der kalten Krieger dürfte endgültig vorbei sein, selbst wenn sie sich noch so säbelrasselnd gebärden.

Wurde Lacoste hintergangen ?

l.o. Paris

Innerhalb der sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) ist nicht alles wie es sein sollte und könnte. Sachlich heisst der Stein des Anstosses Algerien. Persönlich heisst er Robert Lacoste, sozialistischer Minister-Resident in Algerien.

In der vorigen Woche verteidigte Lacoste vor dem Partei-Direktorium seine Algerien-Politik. Er nannte Ziffern, aus denen sich ergab, dass die militärischen und polizeilichen Massnahmen wirkungsvoll gewesen sind: Die Zahl der Attentate habe abgenommen, die Zahl der Opfer sei erheblich geringer geworden. Lacoste hatte sich diese Ziffern keinesfalls "aus den Fingern gezogen" - aber sie waren nicht überzeugend. Denn es ist nun einmal Tatsache, dass in Algerien kaum ein Zivilist - ob Europäer oder Afrikaner - seines Lebens sicher ist, und es ist ebenso Tatsache, dass sich Kämpfe abspielen, die nichts mehr mit Rebellion zu tun haben, sondern ausgesprochen kriegerische Massnahmen sind. Die Einsetzung von rund 600 000 Mann Militär besagt alles.

Darüber hinaus aber hatte der letzte Parteikongress festgelegt, dass auf die schnellste Weise Reformen in Algerien einzuführen seien, während Lacoste heute aus guten oder weniger guten Überlegungen durchgreifende Reformen und eine völlig neue Politik erst sehen will, wenn "Ruhe und Ordnung" wiederhergestellt sind. Das aber sind genau die Überlegungen, die früher von der Rechten vertreten wurden.

Keinesfalls kann Lacoste abstreiten, dass von Ruhe und Ordnung auch nicht entfernt die Rede sein kann. Er kann nicht abstreiten, dass es einen gut organisierten Terror gibt, dass die Truppen der Aufständischen - man muss sie als Truppen bezeichnen, denn sie sind uniformiert - nicht daran denken, den Kampf aufzugeben, und dass ein so nüchterner Politiker wie der tunesische Ministerpräsident Burgiba noch vor wenigen Tagen erklärte, Tunesien sei und bleibe eine Zufluchtstätte für algerische Aufständische. Burgiba machte diese Feststellung nicht etwa in Tunis, sondern in Paris, und er machte sie, obwohl Tunesien mit Frankreich verbunden und verbündet ist. Die Sympathien der beiden Nachbarn Algerien, d.h. Tunesiens und Marokkos, gehören bei dieser Auseinandersetzung nicht Frankreich, sondern dem rebellischen Algerien. Das weiss

Frankreich, das weiss die SFIO, das weiss Lacoste.

Niemand wird bestreiten können, dass es ohne Frankreichs gewaltige zivilisatorische Leistung in Nordafrika niemals ein blühendes Algerien gegeben hätte. Ebensowenig wird kein vernünftiger Mensch die Millionen Europäer, die in Algerien leben und es zu dem machen, was es ist, einfach sich selbst überlassen wollen. Selbstverständlich hat auch die Sozialistische Partei nie an dergleichen gedacht. Wohl aber war sie vor einer halben Jahr einig in der Überzeugung, dass Macht allein das algerische Problem nicht lösen kann.

Grundsätzlich hat sich an dieser Überzeugung nichts geändert. Worüber man jedoch deutlich sehr geteilter Meinung ist, kann aus den jüngsten Debatten klar erkannt werden: Erstens nämlich darüber, mit wem man verhandeln soll und darf, und zweitens darüber, wann der richtige Zeitpunkt für Verhandlungen erreicht ist. Es gibt Sozialisten, die zu der traurigen Überzeugung gekommen sind, der richtige Zeitpunkt sei bereits versäumt worden, und andere meinen, Frankreich könne jetzt überhaupt nicht mehr direkt unterhandeln, sondern müsse die Vermittlung der marokkanischen und tunesischen Regierung in Anspruch nehmen.

Was manchen Sozialisten zu denken gibt, ist die Tatsache, dass Robert Lacoste zwar in der eigenen Partei auf Widerspruch stösst, von der Rechten aber eindeutig unterstützt wird. Zeigte sich dieses seltsame Phänomen bereits seit mehreren Monaten, so wurde es im Oktober besonders deutlich, als der Vorwurf erhoben wurde, 43 Kommunisten, die in Oran als Häftlinge festgehalten werden - teils Europäer, teils Nordafrikaner - seien von der Polizei misshandelt und gefoltert worden. Lacoste erhob gegen diese Behauptung schärfsten Einspruch und er erhob ebenso scharfen Einspruch, als ihm vorgeworfen wurde, seine Beweisführung dafür, dass keine Misshandlungen und Folterungen vorgekommen, sei höchst lückenhaft. Er verwahrte sich dagegen, dass Beamte, denen nichts vorzuwerfen sei, beleidigt würden. In der Rechtspresse, besonders eindrucksvoll im konservativen "Figaro", fand er lebhaftes Fürsprecher.

Eine aus sieben Parlamentariern bestehende Kommission wird sich nun mit der Frage befassen, ob tatsächlich misshandelt und gefoltert wurde. Die Behauptung der Rechtspresse und einzelner Beamter, die bisher vorliegenden Beschuldigungen seien von den eingesperrten Kommunisten erfunden und "synchronisiert" worden, ist zu simpel, um als Argument - 5 -

15. Oktober 1956

zu dienen. Dennoch muss man hoffen, dass die Kommission - der, nach langen Diskussionen auch ein Kommunist angehört - zu einem negativen Ergebnis gelangt. Denn wenn Lacoate auch selbstverständlich keinesfalls in direkten Zusammenhang mit solchen barbarischen Methoden gebracht werden kann, so hat er doch die Beamtenschaft in Bausch und Bogen in Schutz gezogen. Sollte die Kommission jedoch zu einem positiven Ergebnis gelangen, so wäre dies eine so schwere Belastung, dass die Partei sich nicht mehr für Lacoate und seine Politik einsetzen könnte - nicht etwa nur der Sache selbst wegen, sondern weil damit der Rest von Vertrauen verschwände, welcher jetzt noch der Algerien-Politik Lacoates entgegengebracht wird.

\* \* \*

#### Mittelstandsministerium passt nicht in demokratische Ordnung

H.E. hat macht erfindetisch, jedenfalls den, der Phantasie hat. Wer keine hat, hilft sich, wenn er in Kabinettstrot ist, mit dem Griff in die Wortekiste. Und holt aus ihr wieder einmal, wie schon vor zwei Jahren, den "Mittelstandsminister" hervor. Diesmal soll es allerdings weniger ein Minister für die Mitzler und Schachmacher, als vielmehr einer für die Ärzte und Rechtsanwälte sein: Der Bundeskanzler, so heisst es, habe sich für "eine intensive Kabinettsarbeit über die Lage der Selbständigen ausgesprochen. Arbeit und Wirksamkeit eines Ministeriums sollen sich, nach den Worten des Kanzlers, zunächst auf die selbständigen freien Berufe erstrecken, also auf die geistig Schaffenden, und auf die Förderung des unselbständigen Mittelstandes. Der Bundeskanzler sieht hierin eine notwendige Daueraufgabe..."

Es hiesse, die Perspektive verschieben, wollte man hier von einer Konzession an die Berufsständepolitik sprechen, die für den Kanzler einer Parlamentsdemokratie unzulässig ist. Es handelt sich ja nur um eine Konzession an einen Teil der Öffentlichkeit - um den krampfhaften Versuch, das überall schwindende Prestige wenigstens bei den Mittelschichten wieder zurückzugewinnen. Immerhin ist zu beachten, dass der "Mittelstandsminister" eine Förderung der berufsmässigen Ständepolitiker aus der Deutschen Partei ist. Und aus der Ecke der Stände-Ideologen tönte auch sofort das Echo zurück: Der neue Mittelstandsminister müsse als seine wichtigste Aufgabe die Durchsetzung der Berufsordnungen betrachten...

Nicht weniger als 42 Berufe wünschen, "geordnet" zu werden, -6-

wollen sich mit einem Drahtverseau umgeben, möchten die Zünftlerei wieder einführen. Es klang zwar ganz plausibel, wenn der verstorbene Präsident des Handwerks-Zentralverbandes, Töpfermeister Uhlemeyer, seinerzeit sagte, ein Mittelstandsminister sei jedenfalls wichtiger als ein Familienminister. Mehr Einsicht jedoch verriet der Bundeswirtschaftsminister, wenn er antwortete, ein Mittelstandsminister passe nicht in die demokratische Ordnung. Ein solches Ministerium wäre gezwungen, Interessenwünsche zu vertreten und werde zu Wünschen anderer Kreise nach Sonderministerien führen.

Aber ein mit Kabinettsrang versehener Lobbyist wird auch in den Mittelschichten abgelehnt. Die Hauptgewerkschaft des Deutschen Einzelhandels hat bereits erklärt, der in einer Erklärung der Bundesregierung bedauernd festgestellten "ständigen materiellen Unterbewertung" der "für eine ausgewogene innere Ordnung unseres Volkskörpers wichtigen Mittelschichten" liesse sich nach ihrer Ansicht auch steuern, ohne dass erst ein ebenso kostspieliger wie aller Voraussicht nach schwerfälliger neuer Ministerialapparat in Gang gesetzt werde.

Es erscheint dem Einzelhandel mit Recht wesentlich vorteilhafter, die in Aussicht genommenen Mittel den einzelnen Ministerien "direkt als zweckgebundene Mittel für die intensivere Bearbeitung" von Mittelschichtenfragen zuzuleiten. Dies dürfte sich umso mehr empfehlen, als die 50 Milliarden DM Mäntungsausgaben, die den Wirtschaftshorizont verdunkeln, auf alle Fälle in den Mittelschichten - ob selbständig oder unselbständig - mehr Existenznot erzeugen werden, als konstruktive Massnahmen je wieder gutmachen können.

\* \* \*

Syrich als Testfall?

ler. Fast über Nacht steht die Bundesregierung vor der für sie recht peinlichen Lage, zu entscheiden, ob sie eine seinerzeit ausgesprochene Drohung wahr machen will. In der aussenpolitischen Debatte im Bundestag, die der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau folgte, verkündete der Bundeskanzler, unterstützt von Brenner, Bonn werde auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Pankow durch dritte Staaten als einen "unfreundlichen Akt" ansehen. Das war eine törichte Bemerkung, geeignet, alte Wunden aufzureissen und junge Freundschaften zu gefährden, sie war um so törichter, als der Bundeskanzler bei der diplomatischen Kontaktaufnahme mit der Sowjetunion selbst einen Präzedenzfall geschaffen hatte. Der Errichtung von - 7 -

15. Oktober 1956

gegenseitigen Botschaften in Bonn und Moskau wurde von Adenauer in keiner Hinsicht davon abhängig gemacht, dass etwa Moskau auf die Botschaft der DDR verzichte. Sie erfolgte in voller Kenntnis der schwerwiegenden Tatsache des künftigen Vorhandenseins zweier deutscher Vertretungen in der sowjetrussischen Hauptstadt. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit einer Regierung, die Pankow als deutsche Regierung für die sowjetisch besetzte Zone anerkannt hatte, musste die Position Pankows verstärken und sie ins internationale Spiel bringen.

Die Konsequenzen konnten nicht ausbleiben, und es ist leider zu befürchten, dass sie mit der Fortdauer der Spaltung Deutschlands noch unangenehmer werden.

Einen Testfall liefert Syrien. Zum ersten Male wurde ein deutscher Botschafter abberufen, weil dieser arabische Staat in Damaskus ein Konsulat der DDR zulassen will. Es fällt das nicht besonders ins Gewicht, ob damit eine ausgesprochene Anerkennung Pankows durch Syrien verbunden ist - eine Absicht, die Damaskus bestreitet. Die Tatsache allein, dass Vertreter Bonn's und Pankows konsularische Rechtsansprüche sollen, ist schwerwiegend genug. Denn sie demonstriert das Vorhandensein zweier deutscher Staaten in ihren Beziehungen zur Aussenwelt.

Eine solche bedauerliche Entwicklung war vorauszusehen. Sie ist, wie Ollenhauer in der gleichen Debatte ermahnte, die zwangsläufige Folge der Zugehörigkeit Bonn's zum militärischen Allianzsystem des Westens. Lässt es Bonn in diesem Testfall zum Bruch mit Syrien kommen, so kann damit eine noch unübersehbare Kettenreaktion ausgelöst werden. Die ganze arabische Welt - und nicht nur diese allein - wird davon betroffen, denn man kann ihr nicht gut verweigern, was man der Sowjetunion gewährte. Es erhebt sich die Frage, ob etwa die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten, unseren unmittelbaren Nachbarn also, nur deshalb nicht erfolgen soll, weil das <sup>1955</sup> demokratisch legitimierte Pankow-Regime in diesen Staaten alle Rechte eines anerkannten Staates genießt? Das hiesse, für alle Zukunft auf eine eigene Ostpolitik verzichten, und was noch viel bedeutsamer ist, die Vertretung deutscher Politik und deren Interessen dem am besten Monopol Pankows überlassen.

In Falle Syrien steht Ähnliches auf dem Spiel, wobei die wirtschaftlichen Interessen nicht einmal den Ausschlag geben. Drohungen im Stile eines Wilhelm II. stehen uns in keiner Weise an, sie müssen vor einer Wirklichkeit verpuffen, die stärker als die Zwangslage ist, in die sich Bonn, nicht ohne eigene Schuld, selbst hineinmanövriert hat. Drohungen nützen niemanden, sie schaden allen. Die Tragik der deutschen Spaltung dürfen nicht jene zu spüren bekommen, die sie nicht verschuldet haben. Die deutsche Sache kann dabei nur Schaden nehmen. Wir brauchen aber das Ohr der ganzen Welt, wenn wir sie von der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit unserer Politik überzeugen wollen. Auf diesem Gebiet haben wir die Konkurrenz Pankows nicht zu fürchten. Wird dieser überragende Gesichtspunkt die Entscheidung des Auswärtigen Amtes beeinflussen, ehe ein Schritt erfolgt, dessen Auswirkungen wohl keiner zu übersehen vermag?

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau